

A10 9. Krisensicherheit garantieren

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-
Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

1 Junge Menschen brauchen eine Gesellschaft, die auf Krisen aller Art vorbereitet
2 ist! Deshalb fordern wir **verbindliche Katastrophenschutzpläne auf allen Ebenen**,
3 die Hochwasser, Blackouts und andere Notfälle abdecken, sowie die konsequente
4 Umsetzung und Finanzierung von **Klimaanpassungskonzepten**, um Städte und Gemeinden
5 widerstandsfähiger gegen Extremwetterereignisse zu machen. Besonders **Kinder**,
6 **ältere Menschen und Menschen mit Behinderung** müssen gezielt geschützt werden.

7 Der Katastrophenschutz muss finanziell abgesichert sein, damit im Ernstfall
8 keine Lücken entstehen. Kommunen benötigen ein eigenes gesichertes **Budget für**
9 **Notfallinfrastruktur sowie Investitionen in klimaresiliente Maßnahmen** – von
10 **Hitzeschutzräumen über die Umsetzung von Schwammstadtkonzepten** bis hin zu einer
11 **hitzeresistenten Stadtplanung** mit mehr Grünflächen und Frischluftschneisen.
12 Regelmäßige **Klimarisikoanalysen** sollen helfen, frühzeitig Schutzmaßnahmen zu
13 ergreifen.

14 Der **verpflichtende Katastrophenschutztag an Schulen** soll **flächendeckend auf alle**
15 **Klassenstufen** ausgeweitet und mit einem einheitlichen Konzept unterlegt werden.
16 Durchführende Organisationen wie die Feuerwehr, das THW und die DLRG, sollen
17 speziell dafür geschult werden und für entsprechende Bildungstage an Schulen
18 verpflichtend freigestellt, sowie mit einer entsprechenden **ausgleichenden**
19 **Entschädigung** vergütet werden. Das Konzept soll außerdem auf weitere öffentliche
20 Einrichtungen, wie **Ämter und Hochschulen, ausgeweitet** werden.

21 In Notfällen zählt jede Sekunde – junge Menschen müssen sich darauf verlassen
22 können, dass Rettungsdienste und Krankenhäuser jederzeit einsatzbereit sind.
23 Deshalb fordern wir, die **Notfallpläne für Rettungsdienste und Kliniken auf jede**
24 **Art von Krisen anzupassen**, damit in Krisensituationen keine wertvolle Zeit
25 verloren geht und auch bei anhaltenden Krisen Material und Personal durchgehend
26 zur Verfügung stehen. **Krisenbotschafter*innen** müssen als feste Ansprechpersonen
27 geschult werden, um im Notfall für Bürger*innen da zu sein.

28 Die **Notstromversorgung für Arztpraxen, Rettungsdienste und andere**

29 **Blaulichtorganisationen** muss ausgebaut und staatlich gesichert, die Feuerwehr,
30 die DLRG und das Technische Hilfswerk mit moderner Technik und Ausrüstung für
31 Extremwetterlagen und andere Krisen ausgestattet werden. Gerade
32 **Ersatzausstattung** muss im Notfall schnell zur Verfügung gestellt werden und darf
33 sich nicht durch ungeklärte Finanzierung verspäten. Im Notfall muss das Land
34 hier einspringen und **finanzielle Mittel bis zur Klärung der Finanzierungsfrage**
35 vorstrecken. Es braucht **klare Einsatzstrukturen**, damit Ehrenamtliche und
36 Spontanhelfer*innen in Notsituationen effizient eingesetzt werden und nicht im
37 Chaos untergehen.

38 Gute Arbeitsbedingungen sind auch im öffentlichen Dienst entscheidend, damit im
39 Notfall genug Personal zur Verfügung steht. Deshalb braucht es bei der Polizei
40 und anderen verbeamteten Berufen eine **Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit**
41 von 41 auf unter 40 Stunden sowie eine **angemessene Erhöhung der**
42 **Erschwerniszulage (LOD)** auf 5 € statt der bisherigen 1,28 €. Gerade in
43 belastenden Schichtsystemen müssen faire Löhne und Arbeitszeiten gewährleistet
44 sein.

45 Um die medizinische Versorgung auch in Krisensituationen zu sichern, braucht es
46 außerdem **finanzielle Mittel für den Ausbau von Notfallkapazitäten sowie ein**
47 **digitales Verzeichnis für Pflegekräfte**, um im Krisenfall schnell Personal
48 mobilisieren und organisieren zu können. **Kleinere**
49 **Katastrophenschutzorganisationen wie die DLRG müssen finanziell** durch das Land
50 mehr unterstützt werden, um neben der Feuerwehr flächendeckend Bildungsangebote
51 zur Krisenprävention durchführen zu können. Zudem muss die **Freistellung der**
52 **Ehrenamtlichen** nicht nur im Katastrophenfall verpflichtend werden, sondern auch,
53 wenn diese wichtige Präventions- oder Bildungsaufgaben übernehmen.

54 Zusätzlich fordern wir eine **schnelle Digitalisierung der Verwaltung**, um in
55 Krisen wie einer Pandemie handlungsfähig zu bleiben. Terminvergaben und Anträge
56 müssen digital und unkompliziert möglich sein – ohne bürokratische Hürden. Wer
57 in einer Krise Hilfe braucht, darf nicht in endlosen Wartezeiten oder Formularen
58 steckenbleiben. Krisenvorsorge darf nicht länger vernachlässigt werden – jetzt
59 braucht es konsequentes Handeln!